

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen, und Jugend
Frau Ulrike Bahr, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Per E-Mail: familienausschuss@bundestag.de

Unangeforderte Stellungnahme zu dem Antrag der Fraktion CDU/CSU im Deutschen Bundestag:
„Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden“, BT-Drs. 20/10384

Köln, 20. September 2024

Sehr geehrte Abgeordnete,

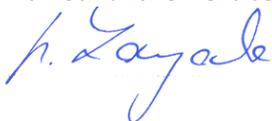
die GSSG - Gemeinnützige Stiftung Sexualität und Gesundheit ist eine Nichtregierungsorganisation, die seit 2007 die sexuelle Gesundheit im Sinne der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) (1) fördert. Einer ihrer fachlichen Schwerpunkte liegt in der Forschung zu Sexarbeit.

Eine Voraussetzung für den Erhalt, die Wiederherstellung und die Förderung der sexuellen Gesundheit ist es, dass sexuelle Begegnungen und Handlungen stets im Einvernehmen aller Beteiligten geschehen. Dies nennt sich Konsens-Prinzip, und es gilt unabhängig davon, ob die sexuellen Handlungen gegen Entgelt stattfinden.

Eine Kriminalisierung von bezahlter Sexualität ist dagegen eine Herausforderung für Public-Health-Aufgaben (2) und bedroht nachweislich die Gesundheit der Menschen in der Sexarbeit. Das zeigen sowohl nationale wie auch internationale Erfahrungen sowie belastbare wissenschaftliche Studien (3). Denn Kriminalisierung behindert die Konsensbildung und fördert Stigmatisierung und Diskriminierung, was wiederum die sexuelle und die mentale Gesundheit der Beteiligten gefährdet. Mit der im Antrag beschriebenen Kriminalisierung würde die antragstellende Fraktion zudem ihre eigenen Bekenntnisse zur Menschenwürde und den Selbstbestimmungsrechten verraten.

Die GSSG lehnt die Kriminalisierung von Prostitution ab. Sie erinnert die Abgeordneten daran, dass menschenunwürdige Verhältnisse auch in der Prostitution am ehesten und besten überwunden werden können, wenn die Rechte der Betroffenen gestärkt („Empowerment“) und abhängigkeitsfördernde Strukturen (auch im ökonomischen Bereich) beseitigt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Harriet Langanke
Stifterin und Sexualwissenschaftlerin

- (1) www.who.int/health-topics/sexual-health#tab=tab_1
- (2) www.bvoegd.de/prostituiertenschutzgesetz/
- (3) www.lshtm.ac.uk/newsevents/news/2018/criminalisation-and-repressive-policing-sex-work-linked-increased-risk

GSSG • Gemeinnützige Stiftung Sexualität und Gesundheit GmbH • Odenwaldstraße 72 • D-51105 Köln
T: + 49 (0) 221 – 340 80 40 • I: www.stiftung-gssg.org • E: info@stiftung-gssg.org
Steuernummer beim Finanzamt Köln-Ost: 218/5757/0772 • HRB 61861

Geschäftsführerin: Harriet Langanke

IBAN: DE54 3708 0040 0333 0606 00 • BIC: DRES DE FF 370

Die GSSG ist mit Bescheid des Finanzamtes Köln-Ost vom 6. Dezember 2022 erneut als gemeinnützig anerkannt.